Bayerischer Landtag 4. Wahlperiode Stenographischer Bericht

18. Sitzung

am Freitag, dem 24. April 1959, 9 Uhr in München

Geschäft	tliche	s.			•		•			553,	556
Wahl de des V								_			553
Haushaltsrede des Staatsministers für Er- nährung, Landwirtschaft und Forsten											
	Staat	smir	riste	er D	r. H	und	ham	mer			553
Vertag	gung	der	Au	sspr	ache		•	•			556
Zeitplan	ι.			•					•	•	556
Nächste	Sitzı	ıng					•	•*			556
Begini	n der	Sit	- zun	g: 9	 Uh	— r 4	Mir	ute	n.		

Präsident Dr. Ehard: Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich eröffne die 18. Sitzung des Bayerischen Landtags. Die Liste der Entschuldigungen gebe ich zu Protokoll.*)

Wir haben heute den Rest der Tagesordnung zu erledigen. Ich möchte aber vorher noch die

Wahl der 15 nichtberufsrichterlichen Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs erledigen.

Nach § 4 Absatz 2 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof sind nichtberufsrichterliche

Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs für die jetzige Legislaturperiode zu wählen. Nach Mitteilung des Verfassungsgerichtshofs werden wie bisher 15 nichtberufsrichterliche Mitglieder benötigt. Die Aufteilung erfolgt in folgender Weise: CSU 8, SPD 5 Mitglieder, GB und BP je 1, FDP kein Mitglied.

Die von den Fraktionen eingereichten Vorschläge liegen Ihnen vor. Ich habe den einzelnen Fraktionen die Vorschläge gegenseitig gegeben. Eine Erinnerung dagegen ist nicht erhoben worden. Die vorgeschlagenen Personen erfüllen alle die Voraussetzung des § 5 des erwähnten Gesetzes, d. h. sie sind insbesondere alle über 40 Jahre alt. Sie haben die Namen der von den einzelnen Fraktionen vorgeschlagenen Personen auf den Tisch gelegt bekommen. Ich würde Ihnen vorschlagen, die Wahl im ganzen vorzunehmen. Wird eine Erinnerung dagegen erhoben? — Das ist nicht der Fall.

Dann schlage ich vor, daß die von den Fraktionen der CSU, SPD, des Gesamtdeutschen Blocks und der Bayernpartei vorgeschlagenen Personen als nichtberufsrichterliche Mitglieder gewählt werden.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Es ist einstimmig so beschlossen.

Dann rufe ich auf:

Haushaltsrede des Herrn Staatsministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und erteile ihm das Wort.

Staatsminister Dr. Dr. Hundhammer: Herr Präsident, Hohes Haus! Die Bedeutung der Landwirtschaft für ein Volk kann von verschiedenen Gesichtspunkten her gesehen und beurteilt werden. In Krisen- und Notzeiten ist es einfach der unmittelbare dringende Lebensbedarf, von dem aus ein Volk seinen Bauernstand sieht. In ruhigeren Zeitläuften wird die Bedeutung der Landwirtschaft wohl da und dort unter bevölkerungspolitischen, sozialen oder andern Gesichtspunkten abgewogen, vorwiegend aber einfach mit dem Maßstab der Zahlen des wirtschaftlichen Gewichts als wertschaffender Produktionsfaktor oder auch als Hemmnis für eine industriell und handelspolitisch orientierte Wirtschafts- und Staatsauffassung.

Das in der deutschen Landwirtschaft investierte Anlagevermögen wird derzeit auf insgesamt 91 Milliarden DM geschätzt; davon sind 67 Milliarden der Wert von Grund und Boden, 16 Milliarden der Wert der Wohngebäude und 8 Milliarden das umlaufende Betriebskapital. Ein Vergleich mit der deutschen Industrie zeigt, daß die Landwirtschaft immerhin 85 Prozent des gesamten Kapitals der Industrie in ihrem Betrieb angelegt hat. Aber die Wirtschafts- und Betriebsverhältnisse der Landwirtschaft sind von denen der Industrie außerordentlich verschieden. Während heute in der Industrie pro beschäftigter Person ein Anlagekapital von normalerweise 12 000 DM gerechnet wird,

^{*)} Nach Artikel 5 Absatz 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt oder beurlaubt die Abgeordneten Dr. Baumgartner, Baumgartner, Dr. Dehler, Eiber, Eichelbrönner, Freundl, Dr. Held, Hempfling, Hirsch, Högn, Dr. Klings, Lindig, Maag, Mauler, Muth, Nägelsbach, Dr. Pirkl, Dr. Pöhner, Riediger, Schaller Wilhelm, Dr. Schweiger, Seifert, Strohmayr, Suttner, Dr. Vorndran, Dr. Wittmann und Dr. Wüllner.

brauchte die deutsche Landwirtschaft schon im Jahr 1956/57 im Durchschnitt ein Gesamtkapital von 23 000 DM im gleichen Verhältnis, also nahezu das Doppelte. Dieser Umstand und viele andere, vor allem die Naturabhängigkeit der landwirtschaftlichen Produktion, bedingen für die Betriebsführung des Bauern eine Wirtschaftsmethode und Überlegungen ganz anderer Art, als sie die übrigen Wirtschaftszweige haben und praktizieren können.

Zum Haushalt für das Jahr 1959 möchte ich zunächst darauf verweisen, daß sich die Gesamteinnahmen auf 122 Millionen DM, die Gesamtausgaben auf 245 Millionen DM belaufen, und daß, wenn ich die im Haushaltsausschuß vorgesehene Erhöhung der Titel für den Tbc-Pfennig einbeziehe, ein Zuschußbedarf von rund 130 Millionen DM erforderlich ist. Das ist gegenüber dem Jahr 1958 eine Mehrung des Zuschußbedarfs im Landwirtschaftsetat - ohne den Forstetat - um insgesamt etwa 18 Millionen DM; davon entfallen auf die Erhöhung verschiedener Förderungstitel einschließlich dieser 7 Millionen im Tbc-Pfennig-Fonds - rund 10 Millionen DM, auf die Erhöhung der Landesmittel zur Flüssigmachung der Gelder des Grünen Plans mit Dotationsauflagen des Bundes 6,6 Millionen und auf den vermehrten Sachbedarf einschließlich der Bewirtschaftungskosten 1 Million. Der gegen das Vorjahr an sich schon höher angesetzt gewesene Betrag für die Weiterbezahlung des Tbc-Pfennigs hat sich als ungenügend erwiesen. Der Herr Finanzminister hat in seiner Etatrede vom 20. Februar darauf hingewiesen, daß es erforderlich sein werde, weitere Mittel für diesen Zweck bereitzustellen. Er war allerdings der Auffassung, man könnte diese Frage unter Heranziehung des Sondervermögens für Milch und Fett und durch einen Vorgriff auf den Haushalt des Jahres 1960 bereinigen. Der Haushaltsausschuß war der Ansicht, man soll die erforderliche Summe heuer im ganzen in den Etat einsetzen.

Über die wichtigsten Einzelheiten der Etatgestaltung und auch der Etatentwicklung werden Sie, meine Damen und Herren, die beiden Berichterstatter über den Einzelplan für Landwirtschaft und den für Forstwirtschaft informieren. Ich will meinerseits meine Ausführungen auf eine Reihe derzeit im Vordergrund des Interesses stehender agrar- und forstpolitischer Fragen abstellen. Vor allem will ich einen Bericht über den Stand der Landwirtschaft in Bayern geben und über die erkennbare Entwicklung, die entweder gefördert werden soll oder der entgegenzutreten notwendig erscheint.

Der mit Abstand wichtigste Faktor der deutschen Landwirtschaft ist nach wie vor die Viehwirtschaft. Von dem Gesamtwert der landwirtschaftlichen Produktion in Bayern entfallen allein 2 Milliarden DM auf den Wert der jährlichen Schlachtviehproduktion. An den 6 Schlachtviehgroßmärkten und den 11 Schlachtviehmärkten Bayerns wurden im vergangenen Jahr 37 Prozent dieses Produktionswertes umgesetzt. Nicht alles

Schlachtvieh kommt auf den städtischen Schlachthof. Angesichts der steigenden Fleischkonsumtion bestehen nach wie vor günstige Aussichten für die Erzeugung von Mastvieh, insbesondere auch deswegen, weil unsere einheimischen bayerischen Viehrassen hiefür gut geeignet sind. Die Entwicklung der Schlachtviehpreise im letzten Jahr ist die äußere Dokumentation dieser Situation, die - wie gesagt - für den Schlachtviehproduzenten derzeit nicht ungünstig ist. Im einzelnen entfallen von der erwähnten Gesamtsumme rund 835 Millionen auf Rinder, 176 Millionen auf Kälber, 981 Millionen, also fast 1 Milliarde, allein auf Schweine und der Rest mit rund 50 Millionen auf Geflügel; das sind etwas über 2 Milliarden, nämlich 2042 Millionen.

Neben der vorhin erwähnten Gesamtsituation möchte ich insbesondere noch erwähnen, daß wir im heurigen Jahr voraussichtlich rund 300 000 Tonnen Fleisch und Fleischerzeugnisse nach Westdeutschland importieren werden; das ist fast die Hälfte der gesamten Fleischproduktion der bayerischen Landwirtschaft. Sie sehen an diesem Abstand, welche Entwicklungsmöglichkeit wir auf diesem Gebiet noch haben. Auf diese Dinge hinzuweisen, erscheint auch deswegen besonders bedeutungsvoll, weil wir andererseits einige Produktionszweige in der Landwirtschaft haben, bei denen wir am Plafond anstoßen, bei denen wir also den Bedarf des deutschen Volkes vollauf decken. In dem Moment, in dem bei einem Produkt der Bedarf aus der eigenen Produktion gedeckt wird, können wir von der Regierung und von den öffentlichen Stellen her die Preisentwicklung kaum in der Hand behalten, um dem Produzenten den Absatz und einen auskömmlichen Preis zu garantieren.

(Sehr richtig!)

Der hohe Stand der Milchleistung, die mit der Viehwirtschaft unmittelbar zusammenhängt, wird in der Öffentlichkeit immer wieder gerühmt. Wir haben im Durchschnitt des Jahres 1958 bei den Herdbuch-Kühen in Bayern eine Milchleistung pro Kopf mit 3773 Kilogramm. Wir haben bei den Nicht-Herdbuch-Kühen, die aber unter Milchkontrolle waren, eine Durchschnittsleistung mit 3145 Kilogramm, und wir hatten bei den nicht unter normaler Leistungsprüfung stehenden Kühen eine Leistung von 2663 Kilogramm. Bei den letzteren möchte ich die Vergleichszahl vom Jahre 1951 nennen: 1951 hatten wir bei den nicht unter der ständigen Milchleistungskontrolle stehenden Milchtieren eine Leistung von nur 1856 Kilo. Das ist also innerhalb von sieben Jahren eine Steigerung von 1800 auf 2600 Kilo, eine ganz enorme Entwicklung im Durchschnitt unserer bayerischen Viehställe!

Eine weitere Angabe, die die Entwicklung auf dem Gebiet der Milchwirtschaft bei uns klarmacht, bezieht sich auf die Anlieferungsziffern in den Molkereien. Wir haben im letzten Jahr in den bayerischen Molkereien eine Milchanlieferung von 3 043 000 Tonnen Milch gehabt; das sind rund 60 Prozent der bayerischen Milchproduktion. 40 Prozent unserer Milchproduktion werden auch heute

noch nicht an den Molkereien angeliefert, sondern im Haus oder im Betrieb verbraucht oder verbuttert. Sie sehen, meine Damen und Herren, welche Entwicklungsmöglichkeiten für die Milchanlieferung noch offen sind. Sie können auch abschätzen, daß aus diesem Zusammenhang unter Umständen Probleme für die landwirtschaftlichen Absatzverhältnisse erwachsen können, die uns noch allerhand Nüsse zu knacken geben werden.

Eine besondere Rolle spielt in Bayern die Herstellung von Molkereiprodukten. Die Butterproduktion in Bayern betrug im letzten Jahr rund 88 000 Tonnen. Noch schwerer fällt im Verhältnis zur ganzen deutschen Milch- und Landwirtschaft gesehen, die Käseproduktion ins Gewicht. Wir haben im Jahre 1958 in ganz Bayern eine Hart-, Schnitt- und Weichkäseproduktion von 74 000 Tonnen gehabt. Das sind 60 Prozent der ganzen Käseproduktion im Bundesgebiet. Daraus resultiert aber auch auf der andern Seite die besondere Anfälligkeit der Preisentwicklung in Bayern auf dem Gebiete der Milchwirtschaft für Importe. Die enorme Steigerung der Käse-Importe hat Bayern unvergleichlich stärker getroffen als jedes andere deutsche Land.

(Abg. Haisch: Sehr richtig!)

Die Menge übrigens des Imports von Käse im Verhältnis zur ganzen bayerischen Produktion gesehen macht etwa fünf Viertel dessen aus, was wir in Bayern an Käse produzieren. Diese Mengen haben naturgemäß die Milchpreise im letzten Jahr sehr schwer bedroht. In der ganzen bayerischen Landwirtschaft hatten wir im Durchschnitt einen Milch-Jahresauszahlungspreis von 32,16 Pfennig gehabt, gegenüber 33,71 Pfennig im Vorjahr. Dabei ist freilich in Betracht zu ziehen, daß die Tbc-Bekämpfungsbeihilfen von 4 Pfennig auf 3 Pfennig, die Prämie also um 1 Pfennig zurückgegangen ist. Aber trotzdem war noch ein echter Rückgang des Milchpreises festzustellen. Dabei möchte ich hier einmal doch mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß wir in Bayern, im Durchschnitt gesehen, für die Landwirtschaft einen niedrigeren Milchpreis haben als die übrigen deutschen Länder.

(Sehr richtig!)

Das hängt damit zusammen, daß wir eben weitaus mehr Milch verarbeiten müssen, als man es in anderen Ländern tut, wo die Produktion viel stärker als Konsummilch in den Verbrauch gehen kann als bei uns und wodurch der Durchschnittspreis bei uns an sich schon wesentlich gedrückt wird.

Erfreulich ist die steigende **Tbc-Freimachung** in Bayern. Ich habe wiederholt in der Öffentlichkeit darauf hingewiesen, daß wir in dieser Beziehung einiges nachzuholen haben. Ich bin der Auffassung, daß die ganze Propaganda für Milchkonsum viel nachdrücklicher unterstützt werden könnte dadurch, daß man den Städtern sagt: Ihr bekommt einwandfreie Milch aus tbc- und bangfreien Ställen; das ist viel nachhaltiger als Plakate und Inserate: "Trinkt mehr Milch!"

(Sehr richtig!)

Wir haben schon eine ganze Reihe von Städten in Bayern, die nur noch mit Milch aus tbc-freien Ställen versorgt werden. Ich erwähne einmal die Milchversorgung in Bamberg, den Milchhof Lichtenfels, Staffelstein, den Milchhof Bayreuth, die Milchversorgung Hof, den Milchhof Kulmbach, die bayerische Milchversorgung Steppach und Forchheim und den Milchhof Coburg, aber auch in Oberbayern, z.B. Rosenheim und in Niederbayern Landshut. Es gibt also schon eine ganze Reihe von Städten, die nur noch aus tbc-freien Ställen mit Trinkmilch versorgt werden. Ich hoffe, daß wir das bald in noch stärkerem Umfange tun können. Ich wünsche, daß man diese Tatsache möglichst auch in den betreffenden Städten bekanntmacht. Ich glaube nämlich, daß das wirksam und ertolgreich sein wird für die Hebung des Milchkonsums. In einzelnen allerdings ist Bayern - ich habe das vorhin schon gestreift - gegenüber anderen Ländern Deutschlands im Rückstand. Am meisten tbc-frei ist, wenn ich von Bremen absehe, das nur einen engen Bereich hat, das Land Hessen. Hessen hat 97,2 Prozent der Milchanlieferung bereits aus tbc-freien Ställen. Es folgt dann der Größe nach Nordrhein-Westfalen, das auch schon 95 Prozent nur noch aus tbc-freien Ställen erhält. Nordrhein-Westfalen ist also schon sehr weit. Es folgt Hamburg mit 92 Prozent; Baden-Württemberg ist auch schon zu 83 Prozent tbc-frei. Niedersachsen zu 90 Prozent,

(Hört, hört!)

während Schleswig-Holstein erst zu 66 Prozent und Bayern nur zu 58 Prozent tbc-frei sind. Das waren die Dezemberzahlen für Milchanlieferung aus tbc-freien Ställen. Ich habe die Dezemberzahlen genannt, weil mir für den Vergleich mit den andern Ländern die Zahlen vom 1. April dieses Jahres nicht zur Verfügung standen. Aber jetzt sind allein in Bayern schon 65 Prozent der Ställe, also rund zwei Drittel, tbc-frei. Das läßt erhoffen, daß wir im kommenden Jahr doch an die 80 Prozent herankommen werden und im Verlauf von 11/2 bis 2 Jahren den Stand der anderen Länder ebenfalls erreichen. Freilich sind auch bei uns in Bayern die Unterschiede im Lande recht groß. Wenn ich die Tierzuchtämter hernehme, die an sich immer ein geschlossenes Gebiet repräsentieren, so steht an der Spitze Bayreuth - also auch in Bayern —, das bereits jetzt zu 85 % tbc-frei ist; es folgt an zweiter Stelle Nürnberg mit 84 %, Würzburg mit 72 %, Landshut mit 65 bis 66 %, München mit 62 %, Weiden mit 61 %, Günzburg mit 56 bis 57 % und Kempten mit 31 %.

(Zuruf des Abg. Haisch — Heiterkeit)

— Herr Abgeordneter, ich habe Ihren Zwischenruf nicht verstanden.

(Abg. Haisch: Ist das eine Qualifikation für die Tierzuchtämter?)

— Es kann vielleicht etwas daran sein, aber nicht nur eine Qualifikation für die Tierzuchtämter, Herr Kollege, sondern auch eine Qualifikation für die Aufgeschlossenheit der Bauern, dieses Problem mit anzugehen!

(Sehr gut! und Beifall bei der CSU)

Dabei soll man aber nicht ungerecht sein; man muß auch die besonders schwierigen Verhältnisse im Allgäu mit in Betracht ziehen. Im Allgäu selber sind auch in den einzelnen Landkreisen ganz große Unterschiede vorhanden, wenn ich etwa Füssen nehme, das in der Tbc-Bekämpfung auch schon sehr weit ist, und den Vergleich mit anderen Landkreisen ziehe. Das hängt ab von der Frage der Aufzucht, von der Spezialisierung auf Milchlieferung, von den Viehschlägen und anderen Umständen, aber schon auch von der Bereitwilligkeit, sich in die Dinge hineinzustellen und mitzutun. Diese Gelegenheit mag auch Anlaß sein, darauf zu verweisen und dem entgegenzutreten, daß Gerüchte im Lande verbreitet worden sind, es gebe da und dort Gegenden, in denen man jetzt aus irgendwelchen Gründen von der Tbc-Freimachung abgehe — man muß ja staunen, daß so etwas gedruckt verbreitet wird - und daß man damit beginne, Viehbestände wieder mit Tbc zu infizieren.

(Heiterkeit)

Das ist buchstäblich, und zwar in einem sonst gar nicht so unbeachtlichen Organ, verbreitet worden. Das Staatsministerium des Innern hat daraufhin in Schweden, und zwar beim Reichsamt für Veterinärwesen, angefragt. Die wörtliche Antwort des schwedischen Reichsamts lautet: Die Zeitungsmeldungen sind falsch; die Rindertuberkulose wird in ganz Schweden aus viehseuchengesetzlichen Gründen getilgt; weniger als 20 Fälle wurden vergangenes Jahr ermittelt; alle Maßnahmen sind vorgenommen, um Reinfektionen zu vermeiden; auch die menschliche Krankheitslage ist immer besser geworden. Schweden ist das Land in Europa, das am frühesten in seinen Rindviehbeständen die volle Tbc-Freiheit erreicht hat, aber es hat schon sehr viel früher angefangen als wir. Es ist interessant, daß in diesem Bericht der amtlichen schwedischen Stelle mitgeteilt wird, daß man im vergangenen Jahr in ganz Schweden nur noch 20 Bestände hat feststellen können, wo die Tbc im Viehstall ist. Man sieht also, was erreichbar und möglich ist. Die Ausmerzungsbeihilfen — das will ich hier nebenbei erwähnen — werden in der bisherigen Form und Höhe weitergewährt.

Schwieriger ist die Frage der **Brucellosebekämpfung.** Hier können wir Bayern feststellen, daß wir in ganz Deutschland an der Spitze stehen. (Hört!)

Es ist also nicht überall so — damit nicht falsche Bilder und Vorstellungen erweckt werden —, als ob wir in Bayern gar so rückständig wären.

(Abg. Dr. Oechsle: So rückständig sind wir auch wieder nicht in Bayern!)

— Gar nicht rückständig sind wir; es sind nur Unterschiede in den einzelnen Wirtschaftszweigen und in den einzelnen landwirtschaftlichen Fächern, die durchaus lokal und sachlich begründet sein mögen. Völlig frei von Brucellose ist in Bayern insbesondere der Streifen dem Bayerischen Wald und dem Böhmerwald entlang. Die dortigen Land-

kreise sind völlig frei von Brucellose. Ein ähnliches Gebiet in Deutschland haben wir nur noch in Südbaden; dort haben auch eine ganze Reihe von Landkreisen die Brucellose schon völlig ausmerzen können. Wir hoffen, in ganz Deutschland in einem Jahr etwa dahin zu kommen, daß die Verseuchung auf ein Prozent des Bestandes—in ganz Deutschland! — hinuntergedrückt wird. Wenn ein Landkreis noch nicht als voll brucellosefrei erklärt ist, darf man deswegen nicht meinen, daß die Verseuchung bei uns 6 bis 8 % betragen würde, wie es in Deutschland Gebiete gibt, sondern die Verseuchung ist auch bei uns, wo sie nicht völlig getilgt ist, selten über 2 % be gibt aber einige Ausnahmefälle auch bei uns.

Unerfreulich ist eine Nachricht, die in der vergangenen Woche durch die Presse gegangen ist und die Maul- und Klauenseuche betrifft. Wir waren in Bayern einige Monate völlig frei von Maulund Klauenseuche. Inzwischen sind aber in etwa einem Dutzend Gemeinden im Allgäu Verseuchungen festgestellt worden. Selbstverständlich wurde sofort alles unternommen, um dieser Gefahr, die sich sehr schlimm auswirken könnte, zu begegnen, indem man die Keulung der Viehbestände vorgenommen hat. Es wird jetzt erwogen, ob man nicht im Allgäu oder im schwäbischen Bereich wieder eine generelle Impfung vornehmen sollte. Eine solche Impfung kostet viel Geld; aber wenn man damit einem Seuchenzug begegnen kann, dann ist der Aufwand immerhin noch rationeller und viel niedriger, als wenn man im großen Umfang keulen muß, abgesehen von den übrigen Schäden.

(Abg. Haisch: Sehr richtig!)

Um die Verschleppung der Seuche zu vermeiden, ist bereits die Beschickung der Frankfurter DLG mit Braunvieh abgesagt worden. Nicht klar ist bis jetzt noch, von welchem Typ diese neue Maul- und Klauenseucheninfektion im Allgäu ist. Es scheint sich um eine neue Abart zu handeln. Die Verseuchungsursache ist in dem Fall einer besonderen Untersuchung wert. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß die Verseuchung in ein oder zwei Fällen auf aktiv gewordenes Serum, also eigentlich auf die Impfung, zurückgeht. Die Bestände waren vor dem Zuchtstiermarkt in Kempten geimpft worden, und unmittelbar hernach wurden diese Infektionen offenbar. Es kann sein, daß in diesem Fall Impfstoff virulent wurde.

(Abg. Haisch: Oder daß ein alter Impfstoff verwendet wurde!)

— Oder daß ein alter Impfstoff verwendet wurde. Ja — aber der wäre dann auch virulent geworden. Verwendet worden ist Impfstoff mit der Nr. 111, glaube ich. Nun, hoffen wir — und deswegen habe ich das Gebiet hier angeschnitten —, daß es gelingt, diese Infektion im Allgäu einzudämmen und in absehbarer Zeit wieder die Seuchenfreiheit herzustellen.

Viel Sorge bereitet der Landwirtschaft seit einem Jahr die **Milchpreisbildung**. Ich habe diese Frage vorhin schon einmal gestreift. Der Milchpreis entwickelte sich an sich in den letzten zehn Jahren in einer aufwärtssteigenden Linie. Wir hatten im

Jahre 1950 im Lande Bayern einen durchschnittlichen Auszahlungspreis von 23,66 Pf und hatten im Jahre 1957, mit Hilfe der verschiedenen Subventionen, einen landesdurchschnittlichen Auszahlungspreis von 33,79 Pf erreicht gehabt. Von diesem Höchststand aus ist jetzt eine Rückwärtsentwicklung eingetreten. Im Jahre 1958 betrug der durchschnittlich ausbezahlte Preis nur noch 31,60 Pf. Im Januar, Februar, März 1959 trat eine kleine Erhöhung ein, aber es läßt sich noch nicht die Entwicklung für das ganze Jahr beurteilen.

Mit einigem Erstaunen habe ich vor ein paar Wochen in einigen bayerischen Zeitungen eine Überschrift gesehen: "Dr. Hundhammer kürzt den Milchpfennig". Ich bin den Dingen nachgegangen. Es hat sich dabei herausgestellt, daß bei der Debatte darüber, ob für die noch nicht tbc-freien Ställe die 3 Pf Subvention aus dem Grünen Plan weiter gewährt werden können oder ob die Subvention für die noch nicht freien Ställe heruntergesetzt wird, meine Warnung, man möge versuchen, sich möglichst bald tbc-frei zu machen, so verstanden wurde, als ob ich von Bayern aus androhen würde, daß wir in Bayern von uns aus diese 3 Pf Subvention kürzen. In Wirklichkeit ist die Entwicklung umgekehrt gewesen. Ich für meine Person habe es im vergangenen Jahr durchgesetzt, daß die 3 Pf Subvention für die noch nicht freien Ställe ein ganzes Jahr lang fortgezahlt werden. Das hat für die bayerische Landwirtschaft ein Mehr von über 50 Millionen DM ausgemacht.

(Beifall bei der CSU)

Nun war gestern in Bonn die Konferenz der westdeutschen Agrarminister. Ich selber habe daran teilgenommen. Dabei sind die letzten Würfel über die weitere Entwicklung gefallen. Es wurde jetzt endgültig festgelegt, daß mit Wirkung vom vergangenen 1. April ab für die tbc-freien Ställe die 3 Pf aus dem Grünen Plan fortbezahlt werden und daß für die noch in der Umstellung begriffenen Ställe, zunächst einmal für die Zeit vom 1. April bis zum 30. September, 2 Pf pro Liter bezahlt werden. Vor dem 1. Oktober werden die deutschen Agrarminister noch einmal zu einer Konferenz zusammentreten, und man wird dann sehen, wie die weitere Zahlung sich ermöglichen läßt.

Es war, wie Sie wissen, auch zur Diskussion gestanden, die nicht tbc-freien Ställe nur noch mit 1 Pf Zuschlag zu unterstützen und statt dessen die Ausmerzungsbeihilfen zu erhöhen. Ich glaube aber, daß der jetzt beschlossene Weg der vernünftigere ist. Wir haben momentan gar nicht das Vieh, um mit einem Schlag den ganzen Rest tbc-frei machen zu können.

(Sehr richtig! bei der CSU)

Das muß man auch mit in Betracht ziehen. Der Weg, der gestern in Bonn vereinbart wurde, scheint also schon vernünftig zu sein.

Zu den 3 Pf, die aus dem Grünen Plan pro Liter Milch bezahlt werden, zahlen wir für die tbc-freien Ställe noch zusätzlich 1 Pf aus bayerischen Landesmitteln. Die Aufrechterhaltung dieses Tbc-Pfennigs, der in einer Reihe von Ländern, aber nicht überall, gegeben wird, hat gestern bei den Verhandlungen der Herr Bundesminister Lübke zur Bedingung dafür gemacht, daß die betreffenden Länder die 3 Pf aus dem Grünen Plan weiterhin bekommen. Ob er das unter allen Umständen zwangsweise durchhalten könnte, weiß ich nicht. Jedenfalls hat er gestern bei der Verhandlung diese Bedingung gestellt. Ich konnte ihm erfreulicherweise sagen, daß wir im Bayerischen Landtag, wenigstens im Haushaltsausschuß, schon beschlossen haben, das ganze Jahr hindurch diesen bayerischen Tbc-Pfennig weiterzuzahlen.

(Beifall bei der CSU)

Nun ist aber diese Leistung allmählich beachtlich ins Geld gestiegen. Durch die ständig steigende Freimachung von Ställen werden im laufenden Jahr voraussichtlich 23 Millionen DM notwendig sein, um in Bayern pro Liter Milch aus tbc-freien Ställen einen Pfennig Zuschlag zahlen zu können. Das ist ein enormer Betrag. Wir hatten im Haushaltsjahr zunächst eine geringere Summe eingesetzt; es waren rund 17 Millionen DM, die sind aber schon in Anspruch genommen mit 2½ Millionen DM für das vergangene Jahr. Und nun hat der Haushaltsausschuß beschlossen, heuer die erforderliche Summe im ganzen einzusetzen, d. h. nicht einen solchen Betrag, daß ein neuerlicher Vorgriff auf das Jahr 1960 notwendig wird.

Die Milchpreisbildung in Bayern erfolgt in der Weise, daß wir einen gewissen Ausgleich schaffen zwischen den Gebieten, die Konsummilch liefern, und den Gebieten, die nur Verarbeitungsmilch liefern können. Die Landwirtschaft hilft sich selber gegenseitig, und zwar in einem recht beachtlichen Umfang. Die jährlichen Summen sind gewaltig angewachsen: Im Jahr 1956 sind für die Milchpreisstützung im innerbayerischen Preisausgleich über 8 Millionen, genau 8 240 000 DM, verwendet worden. Im Jahr 1957 ist diese Summe auf 10 027 000 DM gestiegen und im Jahr 1958 war die Summe in den ersten 9 Monaten bereits 13 777 000 DM. Für die letzten drei Monate habe ich die Abrechnung noch nicht. Wir werden also jedenfalls für das Jahr 1958 bis zum 31. März zu einer Summe kommen, die weit größer ist als die Ausgleichsbeträge in den Jahren 1956 und 1957.

Nun gibt es immer wieder Diskussionen darüber, ob die einzelnen Gebiete gerecht an diesen Summen beim Aufkommen und bei der Verteilung beteiligt sind. Das ist verständlich und begreiflich. Die Verteilung hängt naturgemäß von der Preisentwicklung in den einzelnen Gebieten ab. Das Gebiet, das im letzten Jahr am schwersten um die Existenz zu ringen hatte, war das Allgäu. Nun, wie sind die Summen verteilt? Im Jahr 1956 hat das Allgäu von dem Ausgleichsbetrag 34 Prozent erhalten und das übrige Bayern 66 Prozent, im Jahr 1957 hat das Allgäu nur 26 Prozent erhalten und das übrige Bayern 74 Prozent, in den ersten 9 Monaten des Jahres 1958 hat das Allgäu wieder 40 Prozent erhalten und das übrige Bayern 60 Prozent — bedingt durch den Preiseinbruch auf dem Gebiet des Emmentaler Käsemarktes, aber auch der Käseproduktion im ganzen. Es schien mir richtig, die Zahlen einmal

zu nennen, damit die Debatten, in denen oft unzutreffende Zahlen genannt werden, geklärt werden.

(Abg. Haisch: Sehr richtig!)

Ich habe vorhin bei der Bedeutung der Milchproduktion darauf hingewiesen, daß wir in Bayern 60 Prozent der ganzen deutschen Käseproduktion herstellen. Die Einfuhr aus dem Ausland aber ist wesentlich größer, und zwar um 25 Prozent größer als die ganze deutsche Käseproduktion. Holland allein hat im Jahr 1958 44 000 Tonnen Käse nach Deutschland exportiert; das waren allein 45 Prozent der gesamten Käseeinfuhren. Wir haben gegenwärtig wieder Diskussionen mit Holland, weil von Holland her die ganzen Käsepreise und damit Milchpreise bei uns wesentlich und sehr stark beeinflußt werden.

Ich habe vorhin eine ganze Reihe von Summen genannt, die über den Grünen Plan als Zuschläge zum Milchpreis aus dem bayerischen Staatshaushalt in unsere Milchwirtschaft hineinfließen. Man kann mitunter die Meinung hören, der Staat täte doch da eigentlich recht viel, wenn nicht des Guten zu viel für die Landwirtschaft. Dem möchte ich entgegentreten und einmal zunächst sagen: Wenn nicht der Staat über den Grünen Plan und mit den direkten Mitteln den Milchpreis aufstützen würde, müßte der Konsument einen erhöhten Milchpreis bezahlen, weil die Produktionskosten in der Landwirtschaft auf alle Fälle gedeckt werden müssen.

(Sehr richtig!)

Zweitens aber sind wir in Deutschland zu Maßnahmen auf diesem Gebiet deswegen gezwungen, weil wir unter der maßgeblichen Konkurrenz ausländischer Milchwirtschaften — vor allem, ich wiederhole es, Hollands — stehen. Holland hat im Jahr 1957/58 nach Mitteilung des dortigen Marktverbandes pro Kilo Milch aus der Verwertung 21 Cents erlöst, das sind 23,3 Pfennig. Die holländische Regierung hat der Landwirtschaft einen Mindestpreis von 29,8 Cents garantiert, das sind etwas über 32 Pfennig. Und um das zu erreichen, hat die holländische Regierung im Jahresdurchschnitt pro Liter Milch 8,25 Pfennig draufgezahlt.

(Hört, hört!)

Und aus dieser Milchpreisbildung mit dieser enormen Subvention der holländischen Regierung erwächst die Konkurrenz des holländischen Käses auf dem deutschen Markt. Hier liegt das entscheidende Problem. Wir müssen versuchen, diesem Dumping entgegenzutreten und zu einer anderen Lösung zu kommen.

(Abg. Haisch: Sehr richtig! — Zuruf des Abg. Dr. Oechsle)

— Die Abmachungen, die getroffen wurden, hatten einen vorübergehenden Charakter und hatten zunächst schon einen Mindestpreis garantiert für den Export holländischen Käses, der von uns für erträglich gehalten worden ist. Aber es besteht im Augenblick wieder die Gefahr, daß entgegen diesem Abkommen wieder unter dem Preis importiert und die Ware hereingeworfen wird.

(Abg. Heinrich: Hört, hört!)

Das kleine Holland hat für die Milchsubvention im letzten Jahr eine Gesamtsumme von 574 Millionen Mark aufgewendet. Gesund ist eine solche Wirtschaftspolitik nicht.

(Abg. Haisch: Sehr gut!)

Sie zwingt uns vorübergehend zu entsprechenden Maßnahmen unsererseits, aber eine Lösung auf die Dauer muß in anderer Weise gesucht werden.

(Abg. Winkler: Im Geist der EWG!)

— Herr Kollege, ich komme noch kurz darauf zu sprechen. Dem Geist der EWG entspricht das sicher nicht.

(Abg. Winkler: Das meine ich ja!)

Ich habe vorhin die Fleischpreise erwähnt. Ich will noch ein Wort dazu sagen: Die Fleischpreise haben sich im letzten Jahr in einer für die Landwirtschaft nicht ungünstigen Art entwickelt. Wenn ich die Preise des Jahres 1958 für die Woche vom 6. bis 11. April denen des Jahres 1959 gegenüberstelle, so hatten wir 1958 einen Rinderpreis von 84,6 Mark und im Jahr 1959 von 100,4. Wir hatten, um nur noch die Schweine herauszugreifen, 1958 in der zweiten April-Woche einen Schweinepreis C mit 103 Mark, im Jahre 1959 mit 124,10.

(Hört, hört! bei der SPD)

Damit hat der Preis, wenigstens für Rinder, die absolute Höhe, die Spitze der letzten Jahre erreicht. Und die einheitliche immerhin gute Nachfrage läßt es begründet erscheinen, was ich vorhin gesagt habe, daß auf dem Gebiet des Fleischmarktes noch eine Entwicklungsmöglichkeit da ist. Wir müssen nämlich in diesem Jahr noch 300 000 Tonnen Fleisch vom Ausland importieren, um den Bedarf - der Konsum steigt laufend voll decken zu können. Aber auch hier ist eine bemerkenswerte Erscheinung festzustellen. Die Zahl der Schweinehalter ist innerhalb eines Jahres in Bayern um 5 % zurückgegangen. 5 Prozent der Schweinehalter verzichten also darauf, Schweine zu halten. Der Schweinebestand ist gegenüber dem Vorjahr um 7 % zurückgegangen, und zwar erstreckt sich der Rückgang auf alle Schweinearten. Der Schlacht- und Mastschweinbestand ist zur Zeit sogar um 10 % geringer als voriges Jahr um dieselbe Zeit. Die Ursachen dafür liegen zum Teil die Preise sind ja nicht schlecht — in der Futterfrage. Die großen Kartoffelvorräte des Jahres 1957 sind verbraucht, und das Jahr 1958 hat eine Kartoffelverwertung auf anderem Wege gebracht. Aber hier liegen für unsere bayerische Landwirtschaft recht beachtliche Sonderprobleme vor: Ich meine das Kartoffel-Roggen-Problem. Bei Roggen haben wir die große Schwierigkeit, daß die Produktion über den Konsum hinausgeht. Erst in den letzten Wochen sind wieder 40 000 Tonnen Roggen aus Deutschland mit einer Exportsubvention unsererseits ins Ausland verkauft worden. Wir haben in Bayern viele Mittelgebirgslagen, die mit ihren Kartoffel-Roggen-Böden für eine stärkere Schweinehaltung durchaus geeignet wären. Diese Chance wird bei uns aber nicht überall genügend ausgenutzt. ,

(Sehr richtig!)

Mein Ministerium hat darum den Landwirtschaftsund Tierzuchtämtern die Weisung gegeben, gerade

in diesen Gebieten verstärkt für eine Ausdehnung der Schweinehaltung zu werben. Es ist an der Zeit, daß der seit Jahren bestehende Zustand ein Ende findet, daß nämlich die Kartoffelüberschüsse Bayerns, insbesondere bei guter Ernte, und die Futterroggenüberschüsse nach Norddeutschland gefahren werden und von dort dann in der veredelten Form des Mastschweines auf unsere Schlachtviehmärkte zurückkehren.

(Sehr richtig!)

Das müssen wir zu ändern versuchen, und ich glaube, es wird auch im Laufe der Zeit möglich und durchführbar sein.

Damit möchte ich die eingehenden Ausführungen zu den Fragen der Viehwirtschaft abschließen und zur Technisierung der Landwirtschaft übergehen, zunächst aber noch mit ein paar Bemerkungen zur Pferde- und Schafzucht, die beide rückläufig sind.

Der Rückgang an Pferden ist enorm. Ich bin aber der Auffassung: Man kann die Technisierung nicht künstlich aufhalten, besonders nicht in einer Zeit, in der wir die Technik, soweit es wirtschaftlich vertretbar ist, einsetzen müssen, um dem Mangel an Arbeitskräften zu begegnen und um die Produktion zu verbilligen. Zu Beginn des laufenden Jahres hatten in Bayern noch 112 000 landwirtschaftliche Betriebe Pferde, und zwar insgesamt 186 000 Stück. Wenn man in viele große Gutsbetriebe kommt und sich die Pferdeställe ansieht, dann sieht man, daß in diesen vielleicht noch ein oder zwei Pferde stehen, während die übrigen Boxen leer sind oder schon in Garagen für Traktoren umgewandelt sind.

(Abg. Winkler: Als Erinnerungsposten!)

Dabei muß man wissen, daß es vor dem letzten Weltkrieg, also vor nicht einmal 20 Jahren, in Bayern 322 000 Pferde gab, gegenüber jetzt 186 000. Die Verminderung in 20 Jahren ist enorm.

Bedeutungsvoll ist die Frage unserer Geflügelwirtschaft. Die Gelderträge, die aus den Geflügelbetrieben kommen, sind recht beachtlich. Es wurde gestern auch auf der Konferenz der Agrarminister in Bonn darüber verhandelt, ob der 3-Pfennig-Zuschlag pro Ei aufrecht erhalten werden kann. Zur Zeit ist eine kritische Lage insofern gegeben, als die Stempelung nicht überall durchgeführt wird. Ferner haben wir die eigenartige Tatsache, daß die ungestempelten Eier auf dem Markt höher bezahlt werden als die gestempelten.

(Hört, hört!)

Das ist eine ganz eigenartige Erscheinung und genau das Gegenteil von dem, was mit der Stempelung erreicht werden sollte.

(Abg. Laufer: Weil die frischer sind!)

- Manchmal, aber nicht immer!

(Zuruf: Meistens!)

— Ich gehe mit Ihnen insoweit einig, Frau Kollegin, daß man nicht den unmittelbaren Weg vom Erzeuger zum Verbraucher ausschalten soll; denn

das ist der kürzeste Weg, der das frischeste Ei liefert.

Das Problem der Weiterzahlung der 3 Pfennige ist zur Zeit nicht ganz geklärt. Die Summen sind beachtlich; die bayerischen Hühnerhalter haben innerhalb eines Jahres 11,7 Millionen DM durch die 3-Pfennig-Aufzahlung aus Bundesmitteln bekommen. Wenn der Betrag nicht fortgezahlt wird, ist das finanziell also recht bedeutend und beachtlich. Das Problem ist zur Zeit offen; augenblicklich werden die 3 Pfennige noch bezahlt. Wie es sich weiter entwickelt, möchte ich offen lassen.

Eine neue Einrichtung bei uns sind die Geflügelschlächtereien. Wir haben jetzt eine in Sammarei eröffnet; eine weitere Geflügelschlächterei ist in Landau an der Isar und eine in Nittenau in der Oberpfalz. Geplant sind eine in Neu-Ulm und später noch zwei weitere. Ich möchte aber bereits hier sagen, daß dieses Experiment noch nicht ganz geklärt ist.

(Sehr richtig!)

Insbesondere wird man sehr vorsichtig zu Werke gehen müssen, wenn die Geflügelschlächtereien als unabhängige Sonderbetriebe geführt werden sollen. Es dürfte am ehesten noch gehen, sie in Verbindung zu irgendeinem anderen landwirtschaftlichen Genossenschaftsbetrieb oder privatwirtschaftlichen Betrieb, nicht aber als Sonderbetrieb zu betreiben. Das Geflügelfleisch hat Zukunft. Wir verbrauchen in der Bundesrepublik zur Zeit pro Kopf der Bevölkerung und pro Jahr 2,4 Kilo Geflügelfleisch; in Belgien sind es 4 Kilo, in Frankreich 6, von den Vereinigten Staaten mit fast 14 Kilo Geflügelfleisch pro Kopf gar nicht zu reden. Eine Aussicht auf einen stärkeren Geflügelfleischkonsum — das Geflügelfleisch ist übrigens gesund — ist also durchaus gegeben.

Aber jetzt zur Getreidewirtschaft! Ich habe vorhin bereits das Roggen-Problem erwähnt. Wir haben im Jahre 1958 die zweitbeste Getreideernte seit dem letzten Weltkrieg gehabt. Wir haben zwar in Bayern einen beträchtlichen Überschuß an Roggen, brauchen aber in beträchtlichem Umfange einen Zuschuß an Weizen und an Futtergetreide. Der Verbrauch an Brot hat sich bei Weizenbrot ungefähr gehalten; er ist von 1950, also innerhalb von 10 Jahren, nur um 1 Kilo pro Kopf und Jahr, von 61 auf 60 Kilo zurückgegangen. Der Verbrauch an Roggenbrot dagegen ist in der gleichen Zeit von 47 auf 26 Kilo pro Kopf im Jahr zurückgegangen.

(Hört, hört!)

Das ist ein ganz enormer Rückgang, der uns naturgemäß viele Sorgen bereitet. Ich komme auf das Roggen-Problem gleich noch zu sprechen. Ich möchte nur noch auf die gute Ernte des Jahres 1958 zu sprechen kommen.

Wir haben im Jahre 1958 bei Wein fünfmal so viel geerntet wie 1957, der Menge nach das Doppelte wie im Durchschnitt der Jahre seit 1950. Bei Obst haben wir fast das Sechsfache des Jahres vorher im vergangenen Jahr geerntet, das ist auch mehr als das Doppelte des Durchschnitts seit 1950. Diese Zahlen zeigen, wie gewaltig die Ernten

schwanken. Es ist klar, daß die schlechten und Durchschnittsernten nicht die Kosten decken und deshalb das eine Jahr einen Ausgleich schaffen soll. Leider haben wir bei Wein in den letzten Tagen durch die Frostschäden

(Zuruf: Auch bei Obst!)

— auch bei Obst im Lindauer Bereich — wieder eine große Sorge auferlegt erhalten. Die Kartoffelernte lag im vergangenen Jahr etwas unter den Vorjahrsernten, die Getreide- und die Zuckerrübenernte waren dagegen ausgezeichnet.

Nun zum Roggenproblem! Der Rückgang in der Vermahlung bei den Handelsmüllereien hält sich ungefähr in demselben Rahmen wie der Rückgang beim Roggenmehlkonsum. Der innerdeutsche Verkehr spielt hier keine so große Rolle. Wir haben aber unter dem Rückgang des Roggenbrotverbrauchs in der bayerischen Landwirtschaft naturgemäß im besonderen zu leiden. Nun hört man immer wieder Propaganda für das Roggenbrot, man hört, Roggenbrot sei gesund. Wir haben aber bei der gegenwärtigen Preispolitik den Zustand, daß ein vollwertiges Roggenbrot zur Zeit auf Grund der Mehlpreispolitik teurer kommt als Weizenbrot. Was Sie deshalb vielfach als Roggenbrot angeboten bekommen, ist, wenn Sie es genau untersuchen, nicht selten in großem Umfang Weizennachmehl der Type 1600.

(Sehr richtig!)

Gegenwärtig errechnet sich, wenn man die normalen Preise für vollwertiges reines Roggenbrot oder die Mehlpreise für Roggenmehl Type 997 nimmt, ein Preis, der pro Doppelzentner um 5 DM höher liegt als für Weizenmehl der Type 1600. Roggenmehl ist also um 5 DM teurer als Weizenmehl der Type 1600. Oder wenn wir Roggenmehl der Type 815 nehmen, haben wir einen um 7 DM höheren Preis pro Doppelzentner als bei Weizenmehl Type 1600. Da liegt der Schlüsel, und hier muß man eingreifen, wenn man bei Roggenbrot überhaupt eine Aufwärtsentwicklung erreichen will. Die Relation zwischen Roggen- und Weizenpreis bedarf einer Korrektur. Ich möchte dieses Problem nur erwähnen, weil es für die Zukunft der Agrarpolitik wohl nicht unbeachtlich ist. Ich habe vorhin erwähnt, daß, ich glaube, 50 000 Tonnen Roggen mit Exportsubventionen aus Deutschland hinausgebracht worden sind. Gleichzeitig haben wir für 40 000 Tonnen Futterweizen Importerlaubnis erteilt. Es ist nicht vertretbar, aus unserem Land mit den weiten Frachtwegen Roggen hinauszufahren, noch dazu von obenher finanziert, und Futterweizen von außen zu importieren.

(Abg. Kallenbach: Subventionierung der Bundesbahn!)

Das sind Dinge, die einer Korrektur bedürfen. Man muß sagen, daß eine andere Steuerung der Subventionen möglich und zweckmäßig erscheint.

Nicht voll ausgenützt hat die deutsche Landwirtschaft die Absatzmöglichkeiten bei **Braugerste**. Der Bierausstoß in Westdeutschland hat sich seit 1949

verdreifacht, die Braugerstenerzeugung aber nur verdoppelt. Wir müssen im laufenden Jahr 500 000 Tonnen Braugerste und Malz importieren. Die bayerische Braugerstenproduktion ist in einem erfreulichen Aufschwung. Man konnte das bei den großen Braugerstenschauen im Löwenbräukeller in München in den letzten beiden Jahren deutlich feststellen. Hier liegt eine Chance, die auszunützen wohl zweckmäßig ist. Ich weiß sehr wohl, daß man in der Landwirtschaft nicht wie am Schraubstock in der Fabrik einfach umschalten und etwas anderes einspannen kann. So geht es nicht. Aber auf die weitere Entwicklung gesehen läßt sich auch bei uns die Braugerstenproduktion bedeutend ausweiten. Wir müssen immer wieder versuchen, der Landwirtschaft die Zweige aufzuzeigen, wo die Absatzmöglichkeiten noch nicht ausgenützt sind, um andererseits dort eine Entlastung zu erreichen, wo die Produktion nur noch schwer verkauft werden kann.

Nun zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, eine Frage, die schon vorhin in einem Zwischenruf berührt worden ist. Die deutsche und speziell die bayerische Landwirtschaft müssen die Verhandlungen, die da im Gange sind, mit Aufmerksamkeit und einer gewissen Sorge beobachten. Nach dem derzeitigen Stand der Verhandlungen wird erwogen, als Paritätsstandpunkt für das Frachtgefälle etwa Duisburg zu nehmen und die Paritätsstandpunkte der übrigen EWG-Länder darauf abzustimmen. Wenn der Paritätsstandpunkt Duisburg im Frachtausgleich bleibt, bedeutet das für die bayerischen Erzeuger, daß sie auf die heutigen Brotgetreidepreise einen Abschlag hinnehmen müssen, der im Durchschnitt 4 DM pro Doppelzentner ausmacht.

(Unmöglich! bei der CSU)

Bei einer Marktleistung der bayerischen Landwirtschaft von 1 Million Tonnen Brotgetreide würde das einem Einnahmeausfall von 40 Millionen DM gleichkommen. Sie sehen also, wie weittragend die Verhandlungen sind. Wir bemühen uns, eine bessere Regelung zu erreichen und durchzusetzen.

Zu den Preisen für Kartoffeln möchte ich auch ein Wort sagen. Die Preisentwicklung ist in den letzten Jahren annähernd, im Durchschnitt gesehen, stabil gewesen. Wir hatten 1954 einen Kartoffelpreis von durchschnittlich 4,70 DM, 1957 von 4,30 DM, und wir haben 1958 einen Preis von 5,94 DM gehabt, der etwas hin und her schwankte.

Ein Sonderproblem, das uns augenblicklich in Bayern sehr interessiert, ist der Zuckerrübenbau. Der Zuckerkonsum ist im Steigen. Wir haben vor einiger Zeit eine recht erfolgreiche Zuckerfabrik, als Bauernfabrik bezeichnet, in Ochsenfurt bekommen. Die Süd-Zucker ist nur mit 25 % an ihr beteiligt, die anderen Anteile haben die Bauern in Händen. Wir sind jetzt dabei, im Frankenland eine vierte Zuckerfabrik zu bekommen, wobei ich weiß, daß andere Wünsche da sind und man — nicht mit Unrecht — die Hände hebt. Nun ist es so, daß die Zuckerfreigabe des Jahres 1958, das eine ungewöhnliche Rekordernte brachte, auf 85 % festgesetzt, die Einfuhr von Zuckerrüben aus dem

Ausland aber liberalisiert ist. Es muß unter allen Umständen erreicht werden, daß für die Festsetzung des Absatzrechtes nur die Zuckererzeugung berücksichtigt wird, die Zucker aus inländischen Rüben herstellt.

(Abg. Haisch: Bravo!)

Wenn man das Zuckerabsatzrecht auch auf Zucker aus Auslandsrüben ausdehnt, besteht neben der rechtlichen Möglichkeit auch noch ein Anreiz, billige Auslandsrüben einzukaufen und so den deutschen Markt zu belasten. Die im Jahre 1958 eingeführten Auslandsrüben ergeben 90 000 Tonnen Zucker, was einer Rübenanbaufläche von 17 000 Hektar entspricht. Das sind mehr als 40 Prozent der ganzen Zuckerrübenanbaufläche Bayerns. Wir können uns nicht damit abfinden, daß norddeutsche Zuckerfabriken mit ausländischen Zuckerrüben beschäftigt sind und daß man der Ausweitung des Rübenanbaus in Bayern einen Riegel vorschieben will.

(Beifall bei der CSU)

Auch die Aussichten für die heurige Rübenernte im allgemeinen sind wieder nicht ungünstig. Die Witterungsverhältnisse haben früh eine Aussaat ermöglicht. Die Vegetation ist heuer allgemein gegenüber dem Vorjahr um vier Wochen fortgeschritten. Frost? Ja; aber nicht allgemein in ganz Bayern. In diesem Zusammenhang eine Bemerkung: Die ersten Maikäfer sind — für die Zuckerrübenbauer, die mit den Dingen zu tun haben, nicht uninteressant — heuer am 12. April beobachtet worden.

Zum Problem der Technisierung. Die Technisierung der Landwirtschaft ist notwendig. Wir müssen den Mangel an Arbeitskräften ausgleichen. Wir müssen die Verbilligungsmöglichkeiten, die die Technisierung mit sich bringt, voll ausnützen. Enorm ist der Aufschwung in der Technisierung. Wir haben im Jahr 1951 — das geht zunächst die Bäuerin an, aber auch den Bauern mit - in ganz Bayern eine einzige Gemeinschaftsgefrieranlage gehabt; wir haben heute in Bayern über 2200 Gemeinschaftsgefrieranlagen. Und diese Entwicklung innerhalb von nur acht Jahren! Wir haben in Bayern im Jahr 1949 insgesamt 19 Mähdrescher gehabt; wir haben jetzt in Bayern 7000 Mähdrescher laufen. Wir hatten vor zehn Jahren 1500 Melkmaschinen und haben heute 40 000 Melkmaschinen in der bayerischen Landwirtschaft. Wir hatten damals 24 000 Schlepper und haben gegenwärtig 234 000 Schlepper in der bayerischen Landwirtschaft in Dienst und in Betrieb. Die Mechanisierung ist aber ein Problem, das nur mit dem Bleistift und Rechenstift in der Hand vorwärtsgetrieben werden darf. Ich möchte immer wieder auf die Zweckmäßigkeit der genossenschaftlichen oder gemeinschaftlichen Maschinenanwendung für die kleineren Betriebe hinweisen, für die sich eine solche Spezialmaschine nicht ohne weiteres rentiert. Wir haben mit staatlicher Förderung im vergangenen Jahr 833 Maschinengemeinschaften neu errichtet; dafür wurden 81/2 Millionen DM investiert. Übrigens erforderte die Technisierung in ihrer Gesamtsumme in Bayern während der letzten zehn Jahre jährlich 400 Millionen DM. Seit zehn Jahren werden also jedes Jahr 400 Millionen DM für die Technisierung der bayerischen Landwirtschaft ausgegeben. Es ist interessant, was alles im Weg der gemeinschaftlichen Maschinenverwendung beschafft wird. Da haben wir 294 Rübenvollerntemaschinen, 154 Mähdrescher, 212 hauswirtschaftliche Maschinen, darunter seit neuestem auch Reisighackmaschinen, die genossenschaftlich verwendet werden. Die Technisierung greift in alle Zweige hinein.

(Abg. Laufer: Nur zu wenig in den Haushalt der Bäuerin!)

— Aber die Technisierung nimmt schon auch dort Fortschritte. Insbesondere begrüße ich nicht nur die Technisierung des Haushalts im Bauernhof, sondern auch den Ausbau der hygienischen Einrichtungen; Bäder, die im großen Umfang jetzt auch in Bauernhöfen erscheinen, sind sehr zweckmäßig und zu begrüßen.

Und nun noch ein Wort zum **Obstbau**. Wir haben auch im Obstbau eine Modernisierung im Gang, und zwar waren im letzten Jahr fünf Rodekolonnen im Gang, um vor allem ungeeignete Streuobstanlagen auszumerzen. Wir haben seit Bestehen des Grünen Plans in Bayern 420 Hektar Obstanlagen neu geschaffen. Das ist eine beachtliche Leistung. Der Erwerbsgartenbau konnte ebenfalls im vergangenen Jahr vor allem seine Gewächshausanlagen beachtlich ausweiten.

Nun zur Frage des Siedlungswesens, das auch ein großer und wichtiger Abschnitt unserer heutigen Agrarpolitik ist. In Bayern sind seit 1945 13 365 landwirtschaftliche neue Siedlerstellen oder Pachtsiedlerstellen — ohne die sogenannten Nebenerwerbsiedlungen — geschaffen worden. Damit wurden rund 60 000 Menschen auf einer Heimstätte neu angesetzt - eine Leistung, die im Verhältnis zur Größe und zur Einwohnerzahl Bayerns recht beachtlich und anerkennenswert ist. Die Gesamtfläche, die in Bayern für diese Siedlungen verwendet wurde, beläuft sich auf 105 000 Hektar. Es ist interessant, jeweils mit dem Bund zu vergleichen. Im Bundesgebiet sind 474 000 Hektar aufgesiedelt worden, in Bayern 105 000. An öffentlichen Mitteln sind im Bundesgebiet 2,6 Milliarden aufgewendet worden, in Bayern 323 Millionen, Das ist ein unverhältnismäßig kleiner Teil. Bayern hat weitgehend rationeller, sparsamer als das Bundesgebiet gearbeitet, obwohl der Anteil an bäuerlichen Siedlungsbetrieben in Bayern prozentual weitaus größer ist als auf dem Gebiet des Siedlungswesens im Bund. Wir haben in Bayern an bäuerlichen Siedlungsbetrieben von 12809, die überprüft sind, 48 Prozent geschaffen, die zwischen 5 und 30 Hektar groß sind. Im Bundesgebiet sind von 99 000 Siedlerstellen nur 23 Prozent auf diese bäuerliche Größe zwischen 5 und 30 Hektar ent-

Von den gesamten Vollerwerbstellen in Bayern sind 9872 auf Vertriebene und Flüchtlinge, 363 auf Einheimische entfallen. Von den Nebenerwerb-

stellen sind auf Vertriebene und Flüchtlinge 3445, auf Einheimische 2625 Betriebe entfallen. Da sind die Einheimischen stärker beteiligt, aber an den Vollerwerbstellen erstaunlich gering. Die Zahl der Anliegersiedlungen, die zusätzlich geschaffen wurden, beträgt in unserm bayerischen Land 2500. Ich habe vorhin gesagt, daß 323 Millionen DM in Bayern dafür aufgewendet worden sind. Davon hat der Bund in Form von Zuschüssen und Darlehen aller Art rund 215 Millionen, das Land Bayern den Rest von rund 108 Millionen DM aufgebracht. Die Siedlung wurde zum großen Teil durch die Neuschaffung von Stellen über die Landessiedlung durchgeführt.

Die Landessiedlung hat für diese Zwecke aus der Gesamtfläche ihrerseits 27 862 Hektar erworben gehabt. Von diesen 27 000 Hektar, die für die Siedlung verwendet wurden, stammen 20 700 Hektar aus der Landabgabe des Großgrundbesitzes oder der Betriebe, die unter die Abgabepflicht gefallen sind; 4300 Hektar wurden durch die Siedlung im freien Markt angekauft; 720 Hektar sind speziell für die Umsiedlung von Hohenfels, 80 Hektar sind ehemaliges Vermögen der NSDAP gewesen, und der Rest stammt aus verschiedenen Erwerben. Die Verwendung der Gesamtfläche erfolgte in der Weise, daß 13500 ha für Neusiedler für Neusiedlung und Kleinsiedlung verwendet wurden; 9000 ha wurden für die Anliegersiedlung verwendet. Der Anliegersiedlung kommt nach meinem Dafürhalten eine gesteigerte Bedeutung zu.

(Sehr richtig! bei der CSU)

Wir müssen versuchen, erst die Betriebe aufzustocken, die für die heutige Wirtschaftsweise zu klein sind, bevor wir neue Kleinbetriebe daneben hinstellen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn also neue Betriebe geschaffen werden, soll man sich bemühen, sie in der Weise zu schaffen, daß sie volle Existenzen darstellen und nicht halbe Existenzen, die die Familie auf die Dauer nicht ernähren können und am Schluß dazu führen, daß der Hof und die Stelle verlassen werden.

(Abg. Hanauer: Ich bitte, das auch der Bayerischen Landessiedlung zu sagen!)

— Herr Abgeordneter, Sie dürfen überzeugt sein, daß ich als der Aufsichtsratsvorsitzende der Bayerischen Landessiedlung auch dort das Notwendige sage. In der eigenen Regie hat die Landessiedlung zur Zeit noch rund 3000 ha, die noch nicht verteilt sind, die also noch für die Aufsiedlung verwendet werden müssen.

Zunächst noch ein Wort zur Landessiedlung. Von den rückständigen Bilanzen der Landessiedlung sind die Bilanzen der Jahre 1955 und 1956 im vergangenen Jahr erledigt worden. Die Bilanzen 1957 und 1958 hoffe ich im Verlaufe dieses Jahres vorgelegt zu bekommen und im Aufsichtsrat verabschieden zu können. Dann ist die Landessiedlung in dieser Beziehung wenigstens auf dem laufenden.

(Heiterkeit)

Man soll die Schwierigkeit der Arbeit bei dieser Stelle aber nicht unterschätzen und sich nicht einseitig bloß auf die Kritik an der Landessiedlung festlegen. Ich bin bemüht, im ganzen Siedlungswesen eine Kompetenzverlagerung durchzuführen und damit den Weg abzukürzen und zu vereinfachen.

(Abg. Winkler: Sehr notwendig!)

Die Oberen Siedlungsbehörden haben in den letzten Wochen die Vollmacht bekommen, bis zu 100 000 DM Gesamtfinanzierung im Einzelfall selber zu entscheiden, so daß sie damit nicht mehr an die Oberste Siedlungsbehörde gehen müssen.

(Bravo! bei der CSU)

Außerdem hoffe ich, eine Beschleunigung auch dadurch zu erreichen, daß die Übereignungskompetenz — die Übereignung der Siedlerstellen ist ein Problem für sich — auch bei den Oberen Siedlungsbehörden erweitert wird.

(Sehr gut! bei der CSU)

Als neuer Vorgang ist die Zulassung der **Deutschen Bauernsiedlung** zu verzeichnen.

(Abg. Winkler: Sehr gut, das ist eine Konkurrenz!)

Ich bin der Meinung — die Herren aus der Wirtschaft werden diese Auffassung mit mir teilen —, daß es oftmals gut ist, eine Konkurrenz zu haben,

(Abg. Winkler: Das hebt das Geschäft!)

die dazu beiträgt, sich selber zu überprüfen, und dazu zwingt, rationell, rasch und gut zu arbeiten. Die Deutsche Bauernsiedlung, deren Aufsichtsratsvorsitzender Reichsminister a. D. Dr. Hermes ist, der der Führer der deutschen Bauernschaft gewesen ist, und deren Anteilseigner zum Teil der Bund und zum Teil die Länder sind — also nicht eine private Siedlungsgesellschaft —, ist zunächst auf drei Jahre probeweise zugelassen, und zwar zur Arbeit in Unter- und Mittelfranken. Ich hoffe, daß sich ihre Arbeit so bewährt, daß man sie dann endgültig zulassen kann. Ich habe es für richtig gehalten, die Zulassung vorerst befristet auszusprechen, damit man die Erfahrungen abwarten und ausnützen kann.

Die Übereignungsfrage ist für uns recht schwierig geworden, weil es immer wieder Leute gibt, die draußen bei den Siedlern Propaganda machen und sagen: "Laßt euch Zeit mit der Anerkennung der Bedingungen! Vielleicht wird es doch noch billiger und noch günstiger." Dadurch gehen die Übereignungen nicht vom Fleck. Wir haben Tausende von Siedlerstellen in Bayern, die seit Jahren von den neuen Siedlern bewirtschaftet werden und immer noch nicht endgültig übereignet sind. Ich möchte hier mit Nachdruck sagen: Ich denke nicht daran, die Leistung, die jetzt mit 80 Prozent des nachhaltigen Reinertrags festgelegt ist, noch einmal zu reduzieren.

(Sehr richtig!)

Dabei wird es bleiben. Eine Frage im Einzelfall ist die Festlegung des Wertes der Stelle, nämlich die Frage, ob der Zeitpunkt des Übergangs oder drei Jahre nachher oder der jetzige Wert zugrunde

gelegt werden soll. Da bin ich der Meinung, hier muß so gehandelt werden, daß jedermann das Empfinden hat, es ist recht geschehen. Ich möchte mich vorsichtig ausdrücken. Weil, wie Sie wissen, nicht alle Stellen mit meiner Auffassung einig gehen, bin ich etwas zurückhaltender. Bis jetzt sind etwa 200 Stellen übereignet. Die tragbare Rente wäre für einen größeren Komplex schon festgelegt, aber es hängt - wie gesagt - an dieser Propaganda, und da darf man nun nicht mehr der Landessiedlung allein die Schuld geben, wenn die Übereignungen nicht vom Fleck gehen. Das Programm für 1959 sieht vor, daß in Bayern aus dem Bundessiedlungsprogramm mit 59 Millionen Aufwand insgesamt 1800 Stellen geschaffen werden sollen: davon sind 900 Stellen sogenannte landwirtschaftliche Nebenerwerbstellen. Der Ansiedlung der nachgeborenen Bauernsöhne soll besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden.

(Sehr gut! bei der CSU)

Wenn die jungen Leute, die nicht Hoferben des elterlichen Hofes sind, eine Chance sehen, einmal in eine eigene Stelle hinein zu kommen, so kann das manchen veranlassen, doch in der Landwirtschaft zu bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe vorhin gesagt, daß über 20 000 ha des gesamten Siedlungslandes aus der **Bodenreform** stammen. Von den Bodenreformgrundabtretungsverfahren — es waren insgesamt 471 — sind bis jetzt 416 endgültig abgeschlossen; noch anhängig sind 55 Verfahren, zum Teil im Enteignungsverfahren, zum Teil schweben die Fälle bei den Gerichten. Es sind also ungefähr 10 Prozent der ursprünglichen Fälle; eine Situation, die nicht unbefriedigend ist. Ich hoffe, daß man in Bälde voll abschließen kann.

Die Entschädigung derjenigen, die Grund abgetreten haben, ist — wie Sie sich erinnern werden — im vergangenen Jahr in Angriff genommen worden. Wir haben bis jetzt 225 Fälle geklärt, in denen die Entschädigungsberechtigten unseren Vorschlag im Prinzip angenommen haben. Es schweben insgesamt 271 Fälle. Die Zahl der Einzelanwesen, die Grund abgetreten haben, ist nämlich höher als die der Entschädigungsberechtigten, weil manche aus zwei bis drei Fällen einen Entschädigungsanspruch haben. Wir haben bisher von den 271 Fällen 103 Fälle mit einem Geldaufwand von 25 Millionen DM ausbezahlt. Wir werden noch etwa 50 Millionen für diesen Zweck verbrauchen. Sie sehen also, daß auf diesem Sektor die Arbeit im letzten Jahr nicht unbefriedigend gewesen ist. Aber trotz dieser vielen Anstrengungen und vielen Erfolge im Siedlungswesen muß ich auf eines hinweisen: Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern geht fortlaufend zurück. Wir haben in Bayern im Jahre 1958, im ganzen gesehen, um 5 Prozent weniger landwirtschaftliche Betriebe gehabt als 1948, also in zehn Jahren ein Rückgang der Gesamtzahl der Betriebe von 480 000 auf derzeit 456 000!

(Abg. Kallenbach: In welchen Größenklassen?)

— Der Rückgang, Herr Abgeordneter, ist bei allen Größenklassen mit einer einzigen Ausnahme vorhanden: nur die gutbäuerlichen Betriebe zwischen 10 und 20 Hektar sind in dieser Zeit von 90 000 auf 95 000 gestiegen.

(Abg. Heinrich: Familienbetriebe?)

- Jawohl! Familienbetriebe. Sämtliche anderen Betriebsgrößen haben abgenommen, angefangen die unter 2 Hektar bis hinauf zu denen über 100 Hektar. Am stärksten ist der Rückgang bei den Betrieben zwischen 2 und 5 Hektar, sie sind von 133 000 auf 113 000, also um 15 Prozent, zurückgegangen. Die großen Betriebe über 100 Hektar sind um 0,2 Prozent zurückgegangen. Das Ganze ist eine Erscheinung, glaube ich, auf die man aufmerksam machen und der man nachgehen muß. Es ist doch überraschend, wenn wir schon auf der einen Seite so bedeutende Mittel aufwenden, um neue landwirtschaftliche Siedlungsbetriebe zu schaffen, daß wir dann auf der andern einen Rückgang bei den bestehenden Betrieben erleben, der größer ist, als was wir neu aufbauen.

Die Flurbereinigung ist wichtig und bedeutungsvoll, wichtig und bedeutungsvoll vor allem im Zeitalter der Maschinenanwendung. Wir haben in Bayern bisher 930 000 Hektar bereinigt und haben noch 2,3 Millionen Hektar zu bereinigen, also weit mehr als das Doppelte. Die Flurbereinigung kann mit ihrer heutigen Organisation jährlich 60 000 Hektar in Bayern bereinigen. Da können Sie sich ausrechnen, wie lange es dauert, bis wir fertig sind. Wir bemühen uns, die Flurbereinigung auszubauen. Ich darf hier gleich etwas zum Beamtenapparat sagen: Die Flurbereinigung ist der einzige Teil meines ganzen Ressorts, bei dem ich eine beachtliche Vermehrung der Beamtenstellen vorgenommen habe.

(Sehr gut!)

Die Flurbereinigung kann sich heute nicht nur auf die Zusammenlegung der Flächen beschränken, sondern muß auch Dorfaussiedlungen, Wegebauten und Entwässerungsmaßnahmen mit verbinden. Die Flurbereinigung baut in Bayern jährlich bei der Bewältigung von 60 000 Hektar allein 2000 Kilometer an befestigten Wegen, darüber hinaus 2300 Kilometer Erdwege und drainiert jährlich 3000 Hektar; dazu kommen noch durchschnittlich im Jahr 700 Kilometer Gräben und Vorfluter sowie 130 Brücken. Das sind enorme Leistungen, die mit Hilfe von Bundes- und Landesmitteln vollzogen werden.

Das landwirtschaftliche Schulwesen — wir müssen ja den jungen Bauern auch geistig heben und mit den modernen Kenntnissen ausstatten — umfaßt jetzt 119 Landwirtschaftsschulen und 3 Ackerbauschulen. Die Diskussion um eine vierte — sie ist mehr eine höhere Landwirtschaftsschule — ist im Gang. Die Schülerzahl ist in Bayern leicht angestiegen im Gegensatz zu den übrigen Bundesländern, bei denen die Zahl der Schüler in den Landwirtschaftsschulen dauernd sinkt. Dazu kom-

men die Fachlehrgänge. Im Beratungsdienst haben wir 567 landwirtschaftliche Berater und 285 Beraterinnen. Die Beratung konzentriert sich jetzt im besonderen auf Fragen der betrieblichen Rationalisierung und Qualitätsverbesserung - das sind die Hauptprobleme, um die es geht. Welche Forschritte erzielt werden, mögen Sie daraus ersehen, daß in Bayern im Verlauf einiger Jahrzehnte die Erzeugungsleistung pro Betrieb um 46 Prozent gestiegen ist. Das ist eine enorme Steigerung um fast die Hälfte gegenüber der Leistung noch vor zwei oder drei Jahrzehnten. Pro Arbeitskraft ist die Leistung noch größer; sie ist um 50 Prozent gestiegen. Wir haben darüber hinaus eine Reihe von sogenannten Bauern- und Bäuerinnenschulen, die sich in der Vermittlung von Allgemeinbildung an junge Leute ausgezeichnet bewähren.

Besonders wichtige Förderunsmaßnahmen haben wir dann noch im Rahmen des Grünen Plans, an sich einer Bundeseinrichtung, aber für die Landeswirtschaft von großer Bedeutung, und einer Maßnahme, die auch Landesmittel in beachtlichem Umfange flüssig macht. 1958 hat Bayern aus dem Grünen Plan 270 Millionen DM für seine Landwirtschaft erhalten, wozu 41 Millionen DM aus Geldern des bayerischen Staatshaushalts kamen.

Die Frage EWG habe ich schon berührt. Besondere Schwierigkeiten im Hinblick auf das Eintreten in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft haben wir in zwei Richtungen. Einmal müssen wir uns bemühen, die Produktion in die richtige Relation zu den Absatzmöglichkeiten im europäischen Wirtschaftsraum zu bringen; außer bei Futtergetreide decken wir in den 6 EWG-Ländern den gesamten Bedarf der Bevölkerung aus unserer eigenen Landwirtschaft.

(Bravo!)

Eine andere Frage ist der Ausgleich zwischen den sehr verschiedenen Preisniveaus der sechs EWG-Länder. Ich habe diese Frage bei Getreide schon erwähnt; bei Butter liegen die Verhältnisse so, daß z.B. in Holland das Kilo 4,60 Mark kostet, in Luxemburg fast 9 Mark und in Bayern etwas über 6 Mark, und da soll nun ein einheitliches Preisniveau geschaffen werden! Es sind Probleme für den Konsumenten und für die Landwirtschaft, auch Lohnprobleme von ungeheuerer Tragweite.

Zu den Gesamtaufwendungen ist zu sagen: Ich habe mich gefreut und schon im Haushaltsausschuß festgestellt, daß in diesem Jahr im Etat das Landwirtschaftsministerium die geringste Mehrung an Personalausgaben hatte. Wenn ich von den Verstärkungsmitteln im Zusammenhang mit der Besoldungsreform absehe, die für alle einzelnen Ressorts im Einzelplan 13 vorgetragen sind, dann bin ich heuer mit dem Landwirtschaftsetat hinsichtlich der Personalkostenmehrung noch unter dem Obersten Rechnungshof geblieben.

(Heiterkeit)

Mehr Sparsamkeit können Sie vom Landwirtschaftsminister nicht verlangen

(Abg. Kallenbach: Davon hängt es nicht ab!)

Es hat sich bewährt, daß die Zusammenfassung des gesamten Apparats zentral in einem Haus in München erfolgt ist. An Personalkosten allein hoffe ich in verhältnismäßig kurzer Zeit das ein- · sparen und einbringen zu können, was durch den Umzug an neuen Kosten für Umbau usw. erwachsen ist. Die Zusammenfassung aller Abteilungen in meinem Haus hat sich auch für alle Leute von auswärts, die etwas im Ministerium zu tun haben, bewährt, weil sie nicht mehr wie früher an fünf oder sechs verschiedene Ecken der Stadt laufen müssen, wenn sie meinetwegen in der Tierzuchtabteilung, im Siedlungswesen, Ackerbau oder in Kreditfragen etwas zu erledigen haben. Das ist jetzt in meinem Hause alles vereinigt, eine Erleichterung für die Besucher, ein Vorteil aber auch für die Straffung des ganzen Beamtenapparats. Im Ministerium selber waren am 1. März 1959 insgesamt 58 höhere Beamte gegenüber 62 im Dezember 1957 beschäftigt. Ich möchte Sie jetzt um Aufmerksamkeit für diese Zahlen bitten. Also 1959 bei den höheren Beamten 58 gegenüber 62 im Dezember 1957. Im gehobenen Dienst 36 gegenüber 39, im mittleren Dienst 17 gegenüber 23, im einfachen Dienst 6 gegenüber 7; das sind bei den Beamten insgesamt 117 gegenüber 131. Bei den Angestellten: In den Gruppen I bis III - den bestbezahlten - 16 gegenüber 17, in IV b bis VI b 76 gegenüber 90, VII bis VIII 115 gegenüber 114 - also um einen mehr -, in IX bis X 19 gegenüber 23. Das sind bei den Angestellten insgesamt 226 gegenüber 244, also um 18 weniger. Bei den Arbeitern sind es 13 gegenüber 36; bei den Arbeitern sind die Putzfrauen und die Chauffeure enthalten, deren Zahl reduziert worden ist. Im ganzen haben wir in den drei oder vier Abteilungen des Ministeriums bei den Beamten eine Minderung um 14, das sind 10 %, und bei den Angestellten um 18, das sind also etwa 7 %. Ich habe diese Zahlen hier deshalb erwähnt, weil auf Grund einer bei den Beratungen im Haushaltsausschuß von einem Abgeordneten gemachten Bemerkung die "Süddeutsche Zeitung" und "Der Spiegel" in einer recht boshaft und spitzig aufgemachten Art gesagt haben, Minister Hundhammer habe bei den Putzfrauen abgebaut. Deswegen diese Zahlen. Ich will abwarten, ob die beiden Blätter so loyal sind, jetzt die volle Wahrheit zu sagen.

(Beifall bei der CSU)

Ich betone dabei, daß ich auch schon im Ausschuß auf diese Dinge hingewiesen hatte, wenn auch nicht mit den einzelnen Zahlen, wie ich es jetzt hier getan habe.

In einem Punkt darf ich vielleicht noch eine andere Sache richtigstellen. Der Herr Kollege Dr. Alfred Seidl von meiner Fraktion hat kürzlich in der Öffentlichkeit — und in einem Antrag — hingewiesen auf die Personalmehrung, die im Kollmann-Gutachten festgestellt ist. Im Kollmann-Gutachten wird die Vermehrung im Landwirtschaftsministerium von 49 auf 454 Personalstellen angegeben. Ich möchte ausdrücklich klären, daß sich diese zwei Zahlen im Kollmann-Gutachten

auf die Jahre 1932 und 1953 als Vergleichsjahre beziehen, also nicht auf die Entwicklung in den letzten Jahren.

(Zuruf von der BP: Keine Vergleichsbasis!)

- Das ist gar keine Vergleichsbasis.

Nun zum letzten Teil, zur Forstwirtschaft. Wenn ich sage "zum letzten Teil", so ist es aber doch ein Teil, der besonders interessant und beachtlich ist, weil er Geld bringt. Die Forstwirtschaft ist in ihrer Gesamtlage gekennzeichnet durch eine Abschwächung der Erlöse. Die Holzpreise gehen zurück und die Betriebsausgaben steigen.

(Zuruf von der CSU: Einfuhr!)

- Zur Einfuhr darf ich gleich bemerken, daß von dem Holz, das in Deutschland zur Zeit verbraucht wird, ein Drittel aus der Einfuhr stammt und nur zwei Drittel aus der eigenen Produktion gedeckt werden. Die Verminderung des Netto-Ertrags im Forstetat gegenüber dem Vorjahr umfaßt im laufenden Jahr 14,8 Millionen DM. Von dieser Minderung des Nettoertrags stammen 4,8 Millionen aus einem Rückgang der Einnahmen und 10 Millionen aus einer Mehrung der Ausgaben. Die Ausgabenmehrung werde ich hernach noch kurz behandeln. Zunächst möchte ich noch zu den Holzpreisen etwas sagen. Im Etat 1957 hatten wir noch einen durchschnittlichen Nettoerlös pro Festmeter von 80 DM. Im Jahre 1958 haben wir noch einen Nettoerlös von 75 DM gehabt, und heuer haben wir einen Nettoerlös von nur 68 DM pro Festmeter. Das ist die Entwicklung der Holzpreise. Trotzdem ist die bayerische Forstverwaltung in dieser Hinsicht noch besser daran als die Forstverwaltungen aller übrigen deutschen Länder. Bei ein paar der anderen Länder droht der Etat auch in der Forstverwaltung schon ins Defizit abzugleiten, während wir dem Finanzminister immerhin noch 55 Millionen DM rein erbringen und abliefern können und damit die Ausgaben, die wir im Landwirtschaftsetat als Zuschuß brauchen, vermindern.

Vom Holzeinschlag 1959 haben wir bereits 80 % aufgearbeitet und hiervon wiederum sind 80 % schon verkauft. Man kann also die Zahlen, die ich für das heurige Jahr angegeben habe, schon als ziemlich endgültig nehmen.

Die Gesamtzahl der Mitarbeiter der Forstverwaltung an Beamten und Angestellten umfaßt 3100 Stellen; hiervon sind 20,6 Prozent Heimatvertriebene. Wir werden uns aber im besonderen bei der Forstwirtschaft auch um das Problem der Waldarbeiter kümmern müssen. Auch hier haben wir einen sich steigernden Mangel. Wir suchen ihm vor allem auf zwei Wegen zu begegnen: einmal durch eine volle Beschäftigung möglichst das ganze Jahr hindurch, soweit es sich forstwirtschaftlich durchführen läßt — das ist ja nicht ohne weiteres möglich, aber soweit als möglich — und zum anderen in beachtlichem Umfang durch den Bau von Waldarbeiterhäusern, also durch die Schaffung von Wohnungen für die Waldarbeiter.

(Beifall bei der CSU)

Außerdem müssen wir naturgemäß auch in der Forstwirtschaft die Technisierung fördern. Sie erleichtert die Arbeit, hilft Arbeitskräfte sparen und bedeutet unter Umständen eine Verbilligung. Aber man kann im Holz draußen nicht alles technisieren.

Durch Sturmschäden wurden im abgelaufenen Jahr im Staatsforst 700 000 Festmeter geworfen. Das ist eine enorme Menge. Diese Holzmenge ist aber inzwischen bereits aufgearbeitet, und es ist möglich geworden, die Gefahren der Schädlinge, die bekanntlich bei Sturmhölzern im Frühjahr in größerem Umfang bestehen, zu vermeiden.

In der Grundlinie ist es interessant, daß wir in der Forstwirtschaft mehr und mehr von der Monokultur, die 100 oder 150 Jahre lang betrieben wurde, wieder zum Mischwald übergehen.

(Zuruf von der SPD: Gott sei Dank!)

Das ist eine weitaus gesündere und aus der Erfahrung heraus ganz eindeutig die zweckmäßigere Wirtschaftsweise.

Auch die Schädlingsbekämpfung wird modernisiert. Wir werden im heurigen Jahr, vor allem auch im Spessart, mit Hubschraubern arbeiten, weil diese großen Gebiete auf diesem Wege wohl am zweckmäßigsten gesichert werden.

Ein viel diskutiertes und schwieriges Kapitel in der Forstwirtschaft ist der Ankauf und der Verkauf von Wald. Immer wieder begegne ich der Mahnung, der Staat möge nicht zu viel an Holz kaufen. Auf der anderen Seite aber bin ich durch Gesetz gebunden, das Grundstockvermögen des Staatsforstes zu erhalten. Wenn wir also Holz, Boden, Wald für irgendeinen Zweck verkaufen — wir tun es nicht, wenn wir uns nicht aus der Situation heraus gezwungen sehen —, müssen wir das Geld wieder anlegen, und das zwingt uns, wieder Ersatzwald zu kaufen. Ich hoffe aber, daß es gelingt, zu erreichen, daß wir es auch beim Holz als eine Mehrung des Grundstockvermögens angerechnet bekommen, wenn wir für die Waldarbeiter und für die Forstdienststellen Häuser bauen. Wenn uns das für Neubauten verwendete Geld als dem Grundstockvermögen zugeführt angerechnet wird und nicht nur das, was wir an Gebäuden zukaufen, dann ist das, glaube ich, wichtig und wertvoll. Es ist zugleich eine Entlastung für diejenigen Interessenten am Privatwald, die uns als Konkurrenten beim Kauf von Grund und Boden ungern sehen.

Die umfangreichsten Abgaben an Grund und Boden haben sich, abgesehen von Straßen- und Autobahnbauten, im Bereich der Städte Nürnberg und München als notwendig erwiesen. Diese Städte können sich nicht in dem jetzt notwendig gewordenen Umfang ausdehnen, wenn nicht Wald dazu verwendet wird. Nun bin ich in einer schriftlichen Anfrage einmal auf eine Verfassungsbestimmung hingewiesen worden, die besagt, daß der Wald erhalten werden soll.

(Abg. Dr. Hoegner: Muß!)

— Die genaue Bestimmung in Artikel 141 Absatz 2 der Bayerischen Verfassung lautet:

Der deutsche Wald, kennzeichnende Ortsund Landschaftsbilder und die einheimischen

Tier- und Pflanzenarten sind möglichst zu schonen und zu erhalten.

Es ist also kein restloses Muß, sondern es heißt: "möglichst zu schonen und zu erhalten".

(Zustimmende Bemerkung des Abg. Dr. Hoegner)

Aber die Verfassung enthält auch den Artikel 163 Absatz 4, Satz 1, der lautet:

Bauernland soll seiner Zweckbestimmung nicht entfremdet werden.

(Abg. Dr. Hoegner: Eine Soll-Vorschrift!)

— Ich glaube aber, daß man in einer Zeit, in der der Staat so viel Geld aufwendet, um Bauernanwesen neu zu schaffen, beim Absiedeln von Bauern von Amts wegen recht zurückhaltend sein soll.

(Sehr richtig! bei CSU und SPD)

Man muß irgendwohin ausweichen. Es fragt sich nun, ob Bauernland oder unter Umständen Waldboden für Wohnungszwecke verwendet werden soll. Vielleicht wird man, je nach Lage des Falles, hier den einen und dort den anderen Weg gehen müssen. Man wird immer prüfen müssen: Was ist das Vernünftigste und das Zweckmäßigste? Aber man kann nicht, wie es jetzt z. B. in der Stadt München notwendig wird, jedes Jahr Wohnraum für mehr als 30 000 Menschen schaffen, ohne daß man Bauland hergibt, und man kann die Wohnungsnot, die auch ein Problem ist und die bei der Abwägung aller Gesichtspunkte auch mit berücksichtigt werden muß, nicht beheben ohne Baulandbeschaffung. Ich bin nicht der Meinung, daß man der maßlosen Spekulation

(Abg. Kallenbach: Sehr richtig!)

mit Bauplätzen begegnen kann,

(Beifall bei CSU, FDP und GB)

wenn man nicht Bauland in geeigneter Menge und zu geeigneten Preisen zur Verfügung stellt.

(Wiederholter Beifall)

Und dazu ist der Staat unter Umständen selber in einem Ausmaß in der Lage, daß er dieser Spekulation wirklich entgegentreten kann.

(Sehr gut! bei der CSU)

Anders geht's nicht.

(Abg. Kiene: Da fehlt's aber an der Gesetzgebung!)

— Ja, das ist durchaus eine Frage der Praxis; da haben Sie recht, Herr Kollege Kiene. Über die Dinge wird man sich auch noch unterhalten müssen, um ihnen zu begegnen.

Nun zu dem Fall der Stadt München, der soviel diskutiert worden ist. Meine Herren! Die Stadt München bemüht sich selbst darum, aus dem Perlacher Forst 40 Tagwerk für das Gelände eines Krankenhausbaues zu erwerben. Die Landesversicherungsanstalt, die schon einen Bau drinnen hat, will etwa 10 Tagwerk erwerben für die Tbc-Beobachtungsstelle. Die Evangelisch-Lutherische

Landeskirche will ein großes Altersheim da oben bauen.

(Abg. Kallenbach: Als Ersatz für Gauting!)

— Ja! Eine Bausparkasse wollte 194 Parzellen haben, um Wohnungen zu bauen. Auch für den Bau einer Hotelanlage bei der Filmstadt Geiselgasteig soll Grund abgegeben werden. Man verwendet soviel Geld, um den Film in Geiselgasteig zu erhalten, daß man auch in dieser Hinsicht entgegenkommen kann. Nun verhandelt man in München, ob man Wege anderer Art findet. Ich betone auch hier: Der bayerische Landwirtschaftsminister will seinen Wald durchaus nicht los werden. Aber wenn man an ihn herantritt, daß er helfen solle, dann wäre es vernünftig, einen guten Rat von ihm auch als solchen zu nehmen und ihm nicht unanständige Motive im vorhinein zu unterschieben.

(Sehr richtig! und lebhafter Beifall bei der CSU)

Sie haben vielleicht in den letzten drei, vier Tagen die Ausführungen in der Münchner Presse gelesen, in denen es heißt: Vielleicht war es falsch; vielleicht hätte man den Landwirtschaftsminister gleich packen sollen, daß er im Norden der Stadt München Wald hergibt, weil man auch dort keine Trabantenstadt und keine Erweiterung durchführen kann, ohne Baugelände aus den Staatsforsten zu bekommen. Ich selber bin allerdings der Meinung, daß man bei einer ganz großen neuen Stadtplanung in dem hier notwendigen Umfang für Wohnungen wirklich das bestgeeignete, schönste und gesündeste Gelände und nicht das Gelände in der Nähe der Müllverwertung an der Autobahn hernimmt.

(Beifall bei der CSU)

Städte sollte man in der gesündesten und schönsten Lage bauen und nicht in einer weniger guten. Aber wir warten ab, was die Stadtplanung in München bringt. Wenn man auf uns zukommt, sind wir bereit, der Stadt in ihren Nöten zu helfen, wo wir können und wo es möglich und vertretbar ist.

(Bravo!)

Trotzdem muß ich mich aber mit dem einen Fall, und zwar mit der Abtretung der 40 Tagwerk im Perlacher Forst für den Krankenhausbau, noch besonders befassen. Ich werde den Herren auch gleich sagen, warum. Sie werden vielleicht mit mir der Meinung sein, daß es ein unmöglicher Vorgang ist. Der Herr Heizler hat in der "Abendzeitung" vor einiger Zeit ein Streiflicht geschrieben. "Worüber ich mich ärgere" lautete, glaube ich, die Überschrift. Darin hieß es ausdrücklich, die Stadt München wolle da draußen auf den 40 Tagwerk keineswegs einen neuen Krankenhauskomplex errichten. Sie wolle einige bereits bestehende Baracken abreißen und an deren Stelle bessere Steinbauten errichten. Mir hat man dann noch dazu geschrieben, es werde mir nie gelingen zu beweisen, daß die Stadt München dort Neubauten errichtet. Ich habe daraufhin, nachdem diese Auffassung als Angriff gegen den Landwirtschaftsminister in die Öffentlichkeit getragen

worden war, die Abschrift eines Protokolls geschickt, und zwar des Beschlusses des Gesundheitsausschusses der Stadt München vom 27. November 1958, unterschrieben vom Oberbürgermeister Wimmer, der der Vorsitzende des Ausschusses ist. Und da heißt es wörtlich:

"Für München ist ein weiteres Krankenhausprojekt auszuarbeiten. Als geeignete Lage dafür wird das Gelände südlich des städtischen Krankenhauses Harlaching angesprochen."

Im weiteren werde ich gebeten, den Komplex zu verkaufen und eventuell auch noch einen Streifen zwischen der derzeitigen Westgrenze der Grundstücke — das ist der Teil, der eingezäunt ist — und der Geiselgasteigstraße mit in die Abgabe einzuheziehen

Ich habe die Abschrift des Protokolls der Zeitung geschickt und habe sie gebeten und ermächtigt, sie abzudrucken. Was bekomme ich als Antwort? "Der Herr Chefredakteur Heizler ist auf vier Wochen verreist. Nach seiner Rückkehr wird er wohl über diese Dinge verhandeln!" So wird eine Berichtigung, die man in einer solchen Sache gibt, behandelt!

(Zurufe von der CSU: So ist die Presse!

— Das nennen sie Pressefreiheit!)

Ich hätte Grund, auch anderen Zeitungen in einer ähnlichen Weise zu antworten.

(Abg. Gräßler: Herr Minister, warum soll es Ihnen anders gehen als uns! — Heiterkeit)

— Das ist wahr! Aber es gibt Fälle, meine sehr verehrten Damen und Herren, in denen es notwendig ist, in der Öffentlichkeit etwas richtigzustellen. Man kann vieles hinnehmen und sich gefallen lassen. In acht Tagen läuft eine andere Sau durch's Dorf; dann ist's wieder vergessen!

(Heiterkeit)

Aber es gibt auch Dinge, die man nicht auf sich sitzen lassen darf.

(Abg. Dr. Hoegner: Herr Heizler ist aber kein Sozialdemokrat!)

Habe ich auch nicht behauptet! Aber er hat mit Herrn Werner Friedmann an einem Strang gezogen.

(Abg. Dr. Hoegner: Der ist auch kein Sozialdemokrat!)

- So?

(Abg. Dr. Hoegner: Nein!)

Meine Damen und Herren! Ich stehe jetzt seit 40 Jahren im öffentlichen Leben und habe in dieser Zeit manche öffentliche Auseinandersetzung mit allen politischen Richtungen mitgemacht. Aber mir ist selten ein solches Maß von Unsachlichkeit in der Argumentierung und in der Sachbehandlung begegnet wie jetzt im Zusammenhang mit der Frage Perlacher Forst.

Bevor ich zum Ende komme, jetzt noch ein Wort zum Forstwegebau! Ich habe vorhin bei der Flurbereinigung die vielen Wegebauten erwähnt. Auch im Forst müssen wir im großen Umfang Wege bauen, vor allem jetzt im Zusammenhang mit der Motorisierung auch der Holzabfuhr. In den nächsten zehn Jahren brauchen wir — so ist unser Plan — rund 5800 Kilometer neue Forststraßen. Es gibt auch heute noch, wenn auch nicht mehr in großem Umfang, Holzlagen, aus denen das Holz bisher überhaupt nicht weggebracht werden kann. Die Forststraßen haben zur Zeit im Staatsforst eine Länge von 11 200 Kilometern. Dazu kommen noch die Forstwege mit 32 000 Kilometern. Wir werden in den nächsten zehn Jahren jährlich 25 Millionen DM brauchen, um die Forstwege so auszubauen und zu erweitern, wie es erforderlich erscheint.

Nun ein Wort zum Wildbestand, etwas, woran der Staatsbürger seine Freude hat und haben soll. Die Jäger im Haus werden sich insbesondere dafür interessieren. Nach den letzten Erhebungen ist der gesamte Wildbestand Bayerns bei Rehwild 593 000 Stück — das ist viel —, an Rotwild etwas über 30 000 Stück und an Gamswild — wir hatten die Gamsräude — 16 000 Stück. Ich hoffe, daß die Forstleute und die Jäger sich dabei nicht verzählt haben.

(Heiterkeit)

Die Gefahr, daß sie zu wenig angeben, besteht nicht.

(Sehr gut!)

Die Staatsforstverwaltung unterhält Wildparks, einen im Ebersberger Forst und einen im Forstenrieder Park. Der eine hat 5000 Hektar, der andere 2000 Hektar. Die Forstverwaltung wird diese beiden Wildparks auf alle Fälle erhalten und pflegen.

(Beifall)

Aber wenn man irgendwo in der Nähe großer Städte einen Komplex geschlossen erhalten will, dann muß man, wenn sich die Notwendigkeit zu einer Waldabgabe andererseits ergibt, auf Gebiete ablenken, die weniger wertvoll sind.

(Ábg. Dr. Hoegner: Aber Hasen, Fasanen und Rebhühner?)

— Hierzu möchte ich sagen, daß die Stiftung, die wir bisher hatten, "Bayerische Fasanerie" aufgelöst werden muß. Die bisherigen 10 oder 12 Jahre — ich weiß nicht genau, wie lange sie besteht — haben ganz eindeutig gezeigt, daß es nicht vernünftig und nicht zweckmäßig ist, diese Fasanerie zu erhalten. Der Bayerische Jagdschutz- und Jägerverband hat mir unter dem 2. April ein Schreiben geschickt, das folgenden Beschluß enthält:

"Der Landesausschuß des Bayer. Jagdschutzund Jägerverbandes erklärt, er ist auf Grund des vom Ausschuß für jagdliche Fragen vorgelegten Berichts zu der einstimmigen Auffassung gekommen, daß er sich an der Stiftung "Bayerische Fasanerie" in Schleißheim künftig nicht mehr beteiligen werde."

Die Liquidierung wird durchgeführt. Das Innenministerium ist an und für sich für die Stiftung zuständig. Wir werden sehen, wie die Abwicklung erfolgt. Es ist klar, daß das übrig bleibende Vermögen — es sind enorme Beträge draußen verloren worden; der Bayerische Staat hat in den

letzten Jahren weit über 230 000 DM hineingezahlt — den Gesetzen und der Stiftungsurkunde entsprechend verwendet wird.

(Abg. Dr. Hoegner: Hasen werden wir bald nur im Märchen noch haben!)

— Es laufen noch viele Hasen herum, es sind nicht lauter Löwen, Herr Kollege.

Zuletzt ein Wort zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Da spielen die Hasen auch eine Rolle. Es ist aufgefallen, daß in dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den dazu gehörenden Dokumenten — einer Druckschrift von 345 Seiten — der Wald nicht erwähnt ist. Das Holz ist nicht aufgeführt.

(Hört, hört!)

Dagegen sind an landwirtschaftlichen Produkten drin in diesem umfangreichen Sachkatalog Vogelbälge, Ziegenfelle, Torfwachs, Korkabfälle, also die tollsten Dinge aufgeführt; aber der Wald, das Holz ist nicht erwähnt. Ob das Absicht oder Zufall ist, weiß ich nicht. Aber wir müssen eine Klärung bekommen für die Probleme des Waldes in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

(Abg. Heinrich: Sehr richtig!)

Das ist eine sehr wichtige und weittragende Frage. Vermutlich wird im Lauf dieses heurigen Jahres 1959 endgültig geklärt werden, wie das Holz im Rahmen der Wirtschaftspolitik der EWG zu behandeln ist. Wahrscheinlich soll es im Rahmen der Produkte des sogenannten Anhangs I behandelt werden.

Damit bin ich am Schluß meiner Ausführungen. Wenn ich die Gesamtlage der Landwirtschaft überschaue, so ist die Entwicklung des abgelaufenen Jahres seit langem erstmals dadurch charakterisiert, daß sich die Preisschere um ein Stück geschlossen hat. Die Verkaufsmehrerlöse gegenüber dem Vorjahr werden auf 1,7 Milliarden DM geschätzt, die Mehrung der Betriebsausgaben beträgt 900 Millionen DM, so daß eine echte Schließung der Preisschere da ist. Dabei darf man freilich nicht übersehen, daß die Landwirtschaft, abgesehen vom Einnahmen- und Ausgabenausgleich, ein ganz anderes schwerwiegendes Problem hat, das ist die Finanzierung der notwendigen Technisierung. Das ist eine Maßnahme auf weitere Sicht gesehen und auf eine größere Spanne verteilt. Immerhin, glaube ich, wäre es erfreulich, wenn sich die im vergangenen Jahr in der Landwirtschaft aufgezeigte Grundlinie auch in die Zukunft hinein fortsetzen ließe. Das Tempo der Umstellung auf die Technisierung und die Mechanisierung ist erstaunlich, ist enorm. Aber auch die Verminderung der Arbeitskräfte — wir haben im Verlauf von 10 Jahren ein Fünftel der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in Bayern verloren — zwingt dazu. Außerdem entwickelt sich daraus ein wirtschaftlicher Vorteil des größeren Betriebes gegenüber dem kleineren.

Der Bauernstand ist in einem Volk mehr als bloß ein wirtschaftlicher Faktor. Ich hoffe, daß unser deutsches Volk das begreift. Jedenfalls ist die jetzige bayerische Staatsregierung gewillt, aus dieser Erkenntnis die Konsequenzen zu ziehen, dem Bauernstand eine seiner Bedeutung entsprechende Berücksichtigung angedeihen zu lassen und ihm überall dort zu helfen, wo es die offensichtliche Aufgabe des Staates ist.

(Allgemeiner Beifall)

Präsident Dr. Ehard: Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Damit sind wir am Ende unserer Tagesordnung.

Ich darf Ihnen jetzt das Programm für die nächste Zeit noch einmal bekanntgeben — ich habe es schon das letztemal getan. Wir haben am 29. April — das ist ein Mittwoch — eine Vollsitzung. Wir müssen den ganzen Tag für diese Vollsitzung hernehmen. Ich bitte also, bei der Festlegung der Fraktionssitzungen darauf Rücksicht zu nehmen. Einziger Tagesordnungspunkt am 29. April ist die Aussprache über den Kultusetat und seine Verabschiedung. Wenn wir an diesem Tag nicht fertig werden, müssen wir vom Donnerstag, dem 30. April, vormittag noch eine kurze Zeit hinzunehmen. Wir können aber nicht länger als bis 10 Uhr 30 Minuten tagen, weil eine große Fraktion ein anderes Programm hat.

(Abg. Dr. Hoegner: Das ist weggefallen!)

— Wir können am Donnerstag aber auf jeden Fall nur vormittags tagen, weil der nächste Tag ein Feiertag ist.

(Abg. Dr. Hoegner: Bleibt es bei 8 Uhr 30 Minuten, Herr Präsident?)

— Mir ist es recht — dann also am Donnerstag um 8 Uhr 30 Minuten. Ich glaube aber, wir können am Mittwoch fertig werden. Als Redezeit zum Kultusetat sind vom Ältestenrat je 3 Stunden für Opposition und Koalition vorgeschlagen und vom Plenum bereits gebilligt worden.

Dann käme am 6. Mai vormittags eine Sitzung mit dem einzigen Tagesordnungspunkt: Haushaltsrede des Herrn Staatsministers für Arbeit und soziale Fürsorge. In der Woche darauf wäre dann am Montag, dem 11. Mai, nachmittags 15 Uhr wiederum eine Vollsitzung mit der Rede des Herrn Finanzministers zum Einzelplan 13, zum Außerordentlichen Haushalt und zum Haushaltsgesetz. Am Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag darauf, also vom 12. bis 15. Mai, beginnend jeweils um 9 Uhr vormittags, sollen die restlichen Haushalte erledigt werden. Die Redezeit zum Etat des Landwirtschaftsministeriums beträgt je 2 Stunden, zum Etat des Staatsministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge je 11/2 Stunden, zum Einzelplan 13, Außerordentlichen Haushalt und Haushaltsgesetz je 11/2 Stunden. Wir können also ohne große Schwierigkeiten — wie ich annehme — mit dem Haushalt vor Pfingsten vollkommen fertig werden.

(Bravo!)

Damit ist die Sitzung geschlossen. Ich danke Ihnen.

(Schluß der Sitzung: 11 Uhr 8 Minuten)